

25.10.2002 - 09:47 Uhr

Bender fordert philippinische Regierung zu "Rechtstreue und Zuverlässigkeit" auf

Frankfurt/Main (ots) -

Die Fraport AG setzt weiter auf die Rückabwicklung des Terminal-Projektes in der philippinischen Hauptstadt Manila unter Einbeziehung eines Management-Vertrages. Dies erklärte der Fraport-Vorstandsvorsitzende Dr. Wilhelm Bender heute in einem FAZ-Interview. Bender sagte weiter, die Fraport AG werde es nicht hinnehmen, dass ihr durch die Haltung der philippinischen Regierung ein Schaden entstehe.

"Die Regierung hat Verträge, die wir mit der Vorgängerregierung 1999 geschlossen haben, in Frage gestellt," erklärte Bender. Dadurch seien Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit des Terminal-Projektes nicht mehr darstellbar. "Insofern würde die Regierung zukünftige Privatisierungen und die internationale Reputation der Philippinen als Investitionsstandort gefährden," betonte der Fraport-Vorsitzende. "Wir werden nicht davor zurückschrecken, die philippinische Regierung auf den Pfad der Rechtstreue und der Zuverlässigkeit gegenüber diesem grössten Investitionsprojekt eines ausländischen Investors auf den Philippinen zu bringen," so Bender weiter.

Bender stellte klar, dass die im vergangenen Jahr erfolgten ausserordentlichen Abschreibungen von gut 60 Millionen Euro eine reine bilanzielle Vorsorge der Fraport AG waren. "Diese Abschreibungen bedeuten nicht, dass wir nur einen Cent als Forderung gegenüber den Philippinen aufgeben," sagte er, "wir haben zudem jetzt keinen Anlass weitere Abschreibungen vorzunehmen." Bender appellierte an die Philippinen, auf der bisherigen Grundlage weiter zu verhandeln und keine für alle Beteiligten nachteiligen Entscheidungen zu verkünden.

Im übrigen verwies Bender auf das deutsch-philippinische Investitionsschutzabkommen, das die Fraport AG als Investor schützt.

Kontakt:

Fraport AG
Presse und Publikationen (VSP)
D-60547 Frankfurt am Main
Tel. +49/69/690'705'55
Fax +49/69/690'550'71
[008]